



Landtagswahlen 2026 in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern

Karl Schneiderhan und Wolfgang Hesse

Politischer Gesprächskreis Stadtbibliothek am 28.09.2026



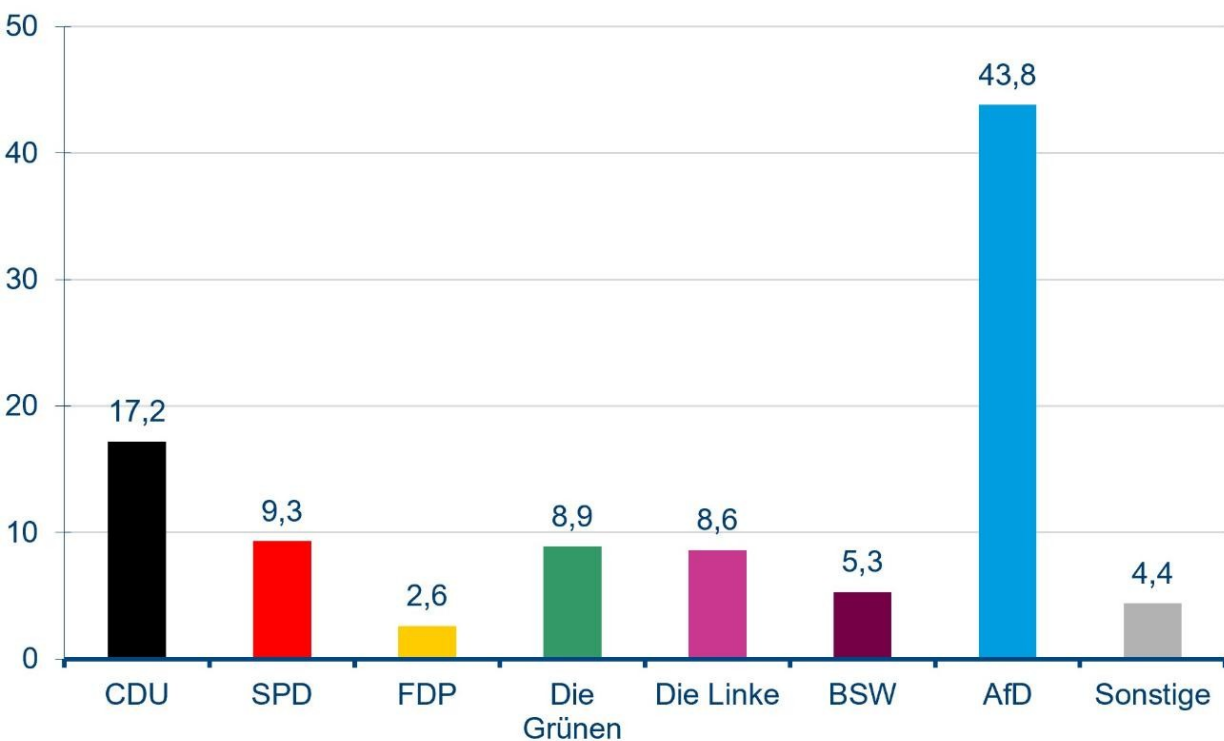
Agenda

1. Ausgewählte Wahlergebnisse und Wahlanalysen (SAN und MV)
2. Thesen von Jana Hensel zur Erklärung des Wahlverhaltens in Ostdeutschland seit 1990

Was prägt die Bundesländer SAN und MV?

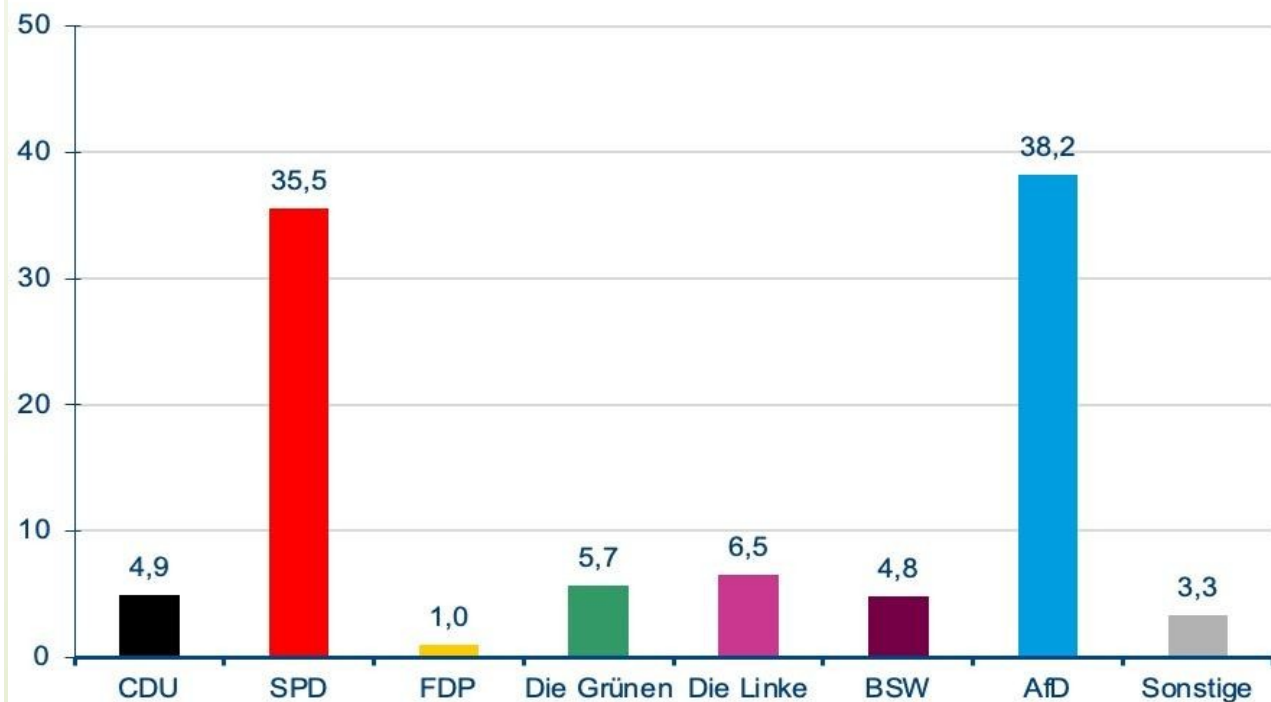
- ▢ Strukturschwache und ländlich geprägte Regionen (Einkommen privater Haushalte, BIP und Wohneigentumsquote im Vergleich zu den anderen Bundesländern mit am niedrigsten)
- ▢ Bevölkerungsverlust seit der Wiedervereinigung (in SAN ca. $\frac{1}{4}$ weniger, Altersdurchschnitt ca. 48 J., in BW ca. 44 J.)
- ▢ Ausländeranteil zwischen 7% und 9% (hat sich seit 2015 verdoppelt)
- ▢ Insgesamt 3 Mio. Wahlberechtigte in SAN und MV
- ▢ Zusammensetzung der Wählerschaft (ungleiches Verhältnis zwischen Jüngeren und Älteren, in MV sind nur ca. 14% zwischen 16 und 34 J., dagegen ca. 40% über 60 J.)
- ▢ Wahlbeteiligung: 77,8% (+17,5%) in SAN (höchste seit 1990); 78,6% (+7,3%) in MV
- ▢ 41 Wahlkreise in SAN (38 an AfD, 3 an Linke) und 36 in MV (22 an AfD und 14 an SPD; in SAN erreicht die AfD in allen 218 Gemeinden die meisten Zweitstimmen und in zahlreichen Kommunen weit über 50%)

**Vorläufiges Ergebnis der Landtagswahl in
Sachsen-Anhalt am 6. September 2026
Zweitstimmen**



Quelle: Landeswahlleiterin Sachsen-Anhalt, https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt26/erg_land.html/ (abgerufen am 07.09.2026) und eigene Berechnungen

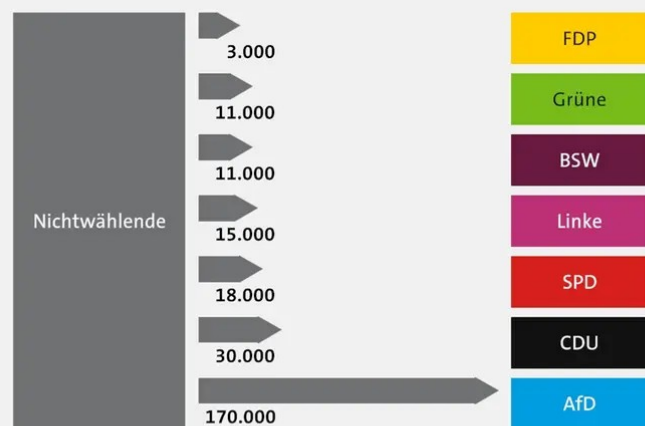
**Vorläufiges Ergebnis der Landtagswahl in
Mecklenburg-Vorpommern am 20. September 2026
Zweitstimmen**



Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, <https://wahlen.mvnet.de/wahl/land> (abgerufen am 21.09.2026) und eigene Berechnungen

Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026

Wählerwanderung



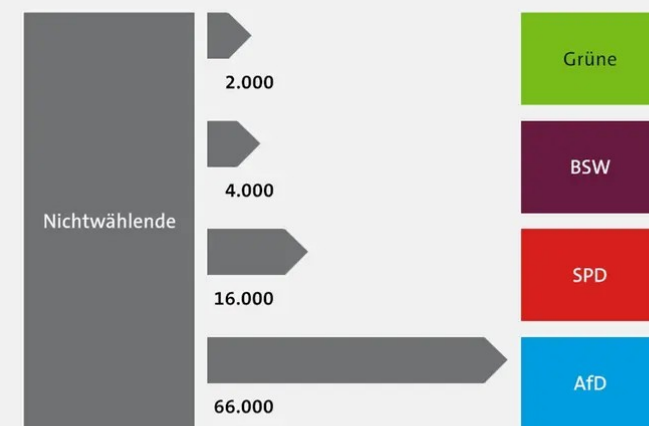
Stand: 07.09.2026, 00:38 Uhr

infratest dimap



Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2026

Wählerwanderung

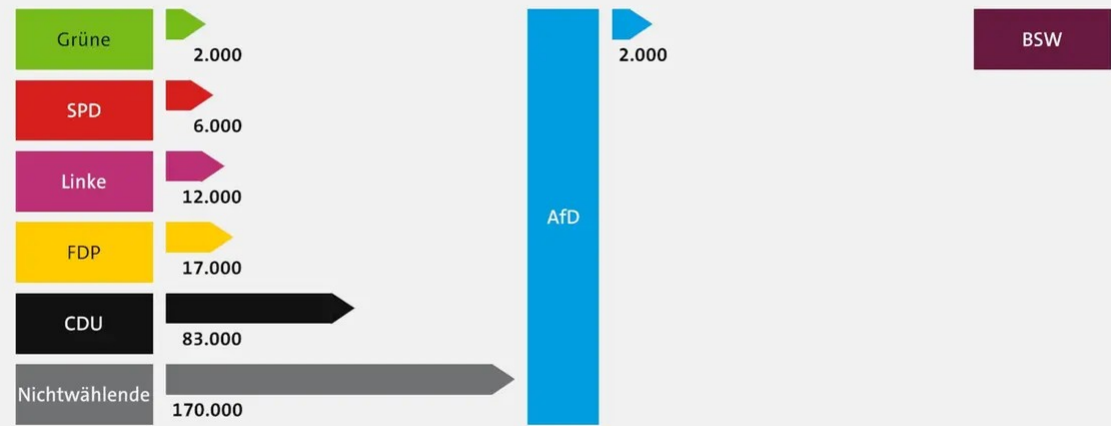


Stand: 21.09.2026, 00:15 Uhr

infratest dimap

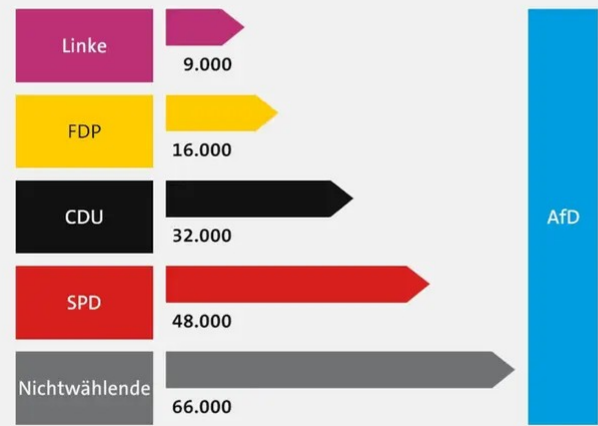


Wählerwanderung



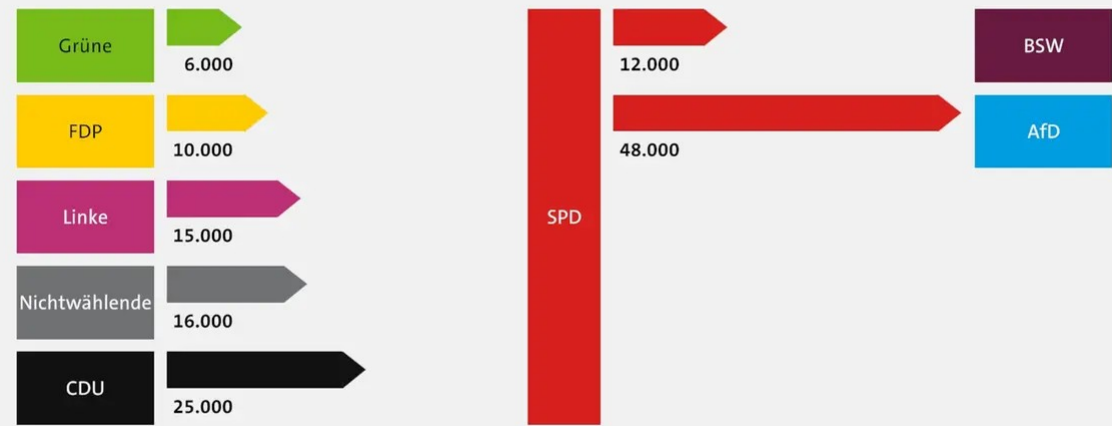
Stand: 07.09.2026, 00:38 Uhr

Wählerwanderung



Stand: 21.09.2026, 00:15 Uhr

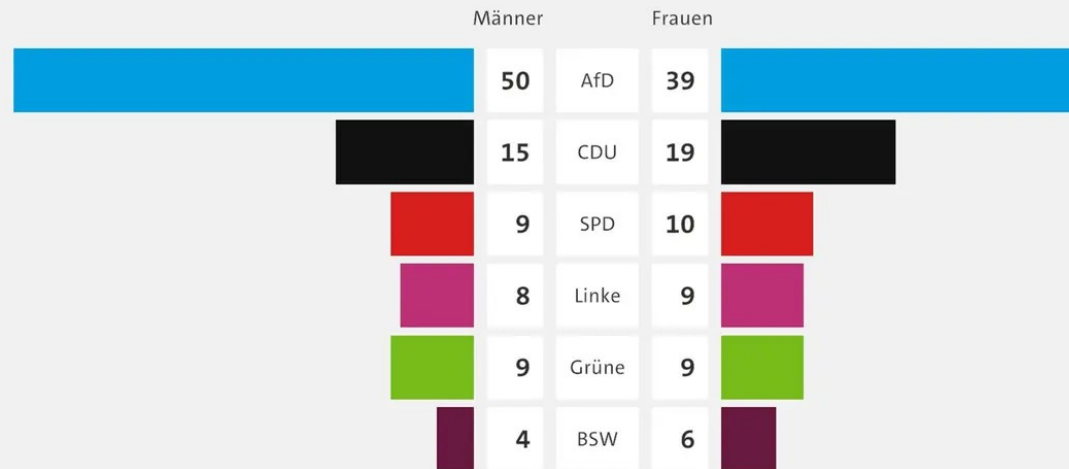
Wählerwanderung



Stand: 21.09.2026, 00:15 Uhr

Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026

Stimmanteile nach Geschlecht



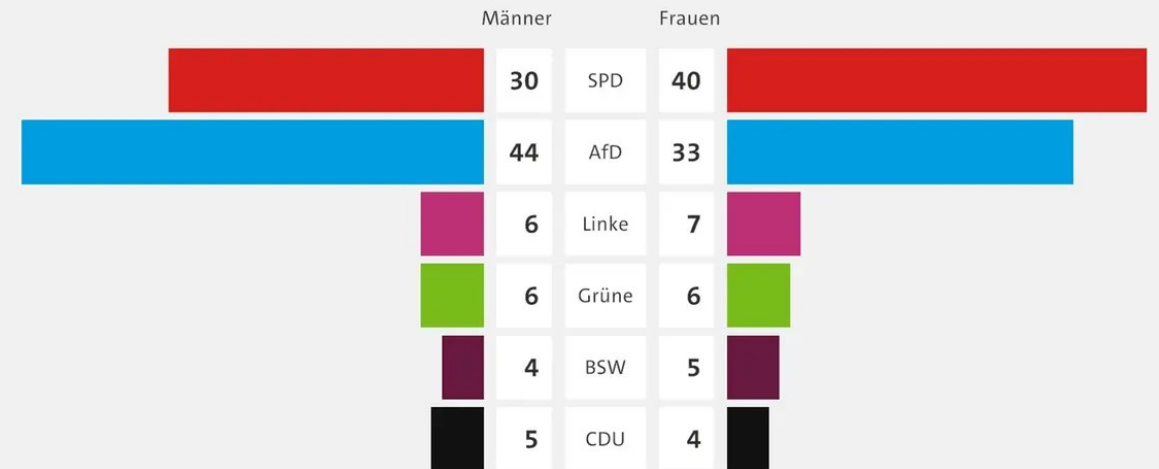
Angaben in %
Stand: 07.09.2026, 07:03 Uhr

infratest dimap



Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2026

Stimmanteile nach Geschlecht



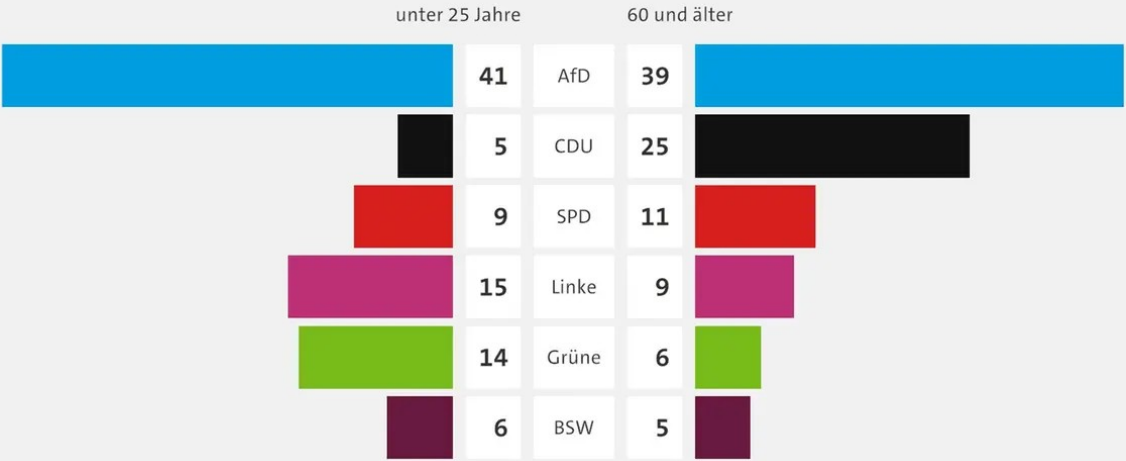
Angaben in %
Stand: 21.09.2026, 01:22 Uhr

infratest dimap



Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026

Stimmanteile in Altersgruppen



Angaben in %
Stand: 07.09.2026, 07:03 Uhr

Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026

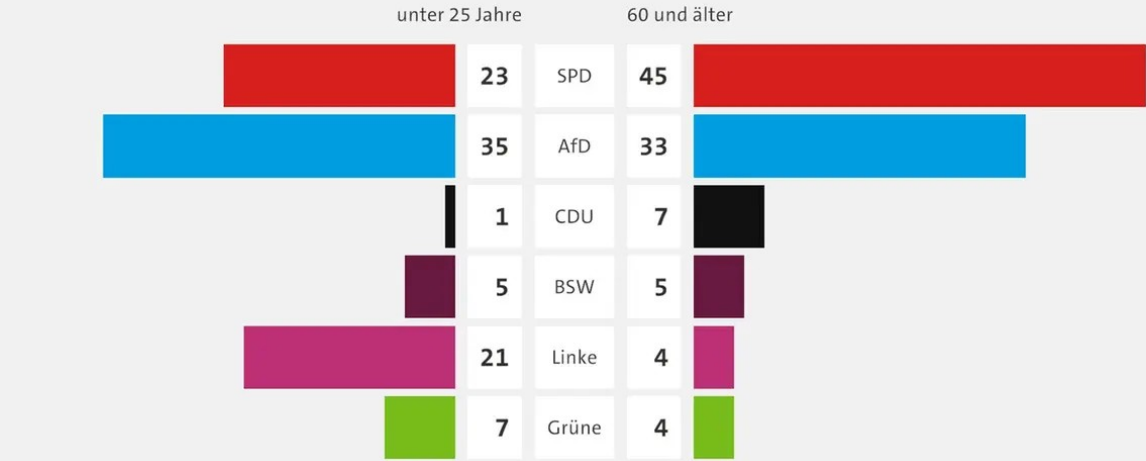
AfD-Stimmanteile in Altersgruppen im Vergleich zu 2021



Angaben in %
Stand: 07.09.2026, 07:03 Uhr

Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2026

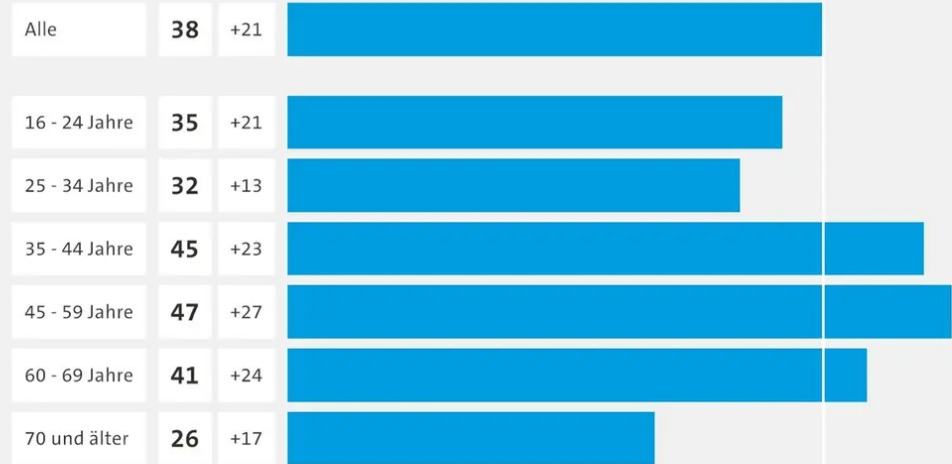
Stimmanteile in Altersgruppen



Angaben in %
Stand: 21.09.2026, 01:22 Uhr

Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2026

AfD-Stimmanteile in Altersgruppen im Vergleich zu 2021



Angaben in %
Stand: 21.09.2026, 01:21 Uhr

Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026

Stimmanteile nach Bildung



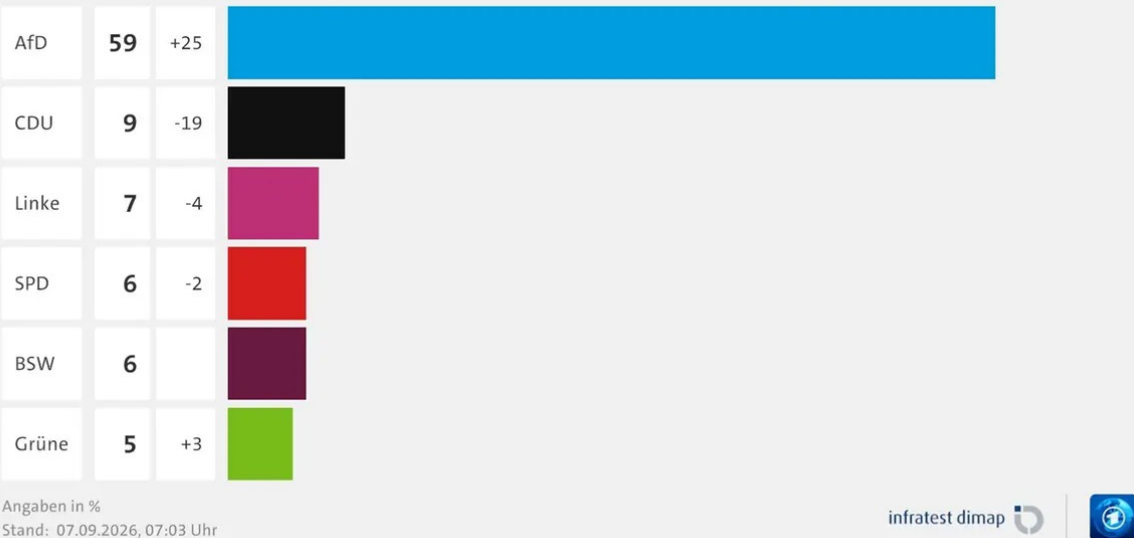
Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2026

Stimmanteile nach Bildung



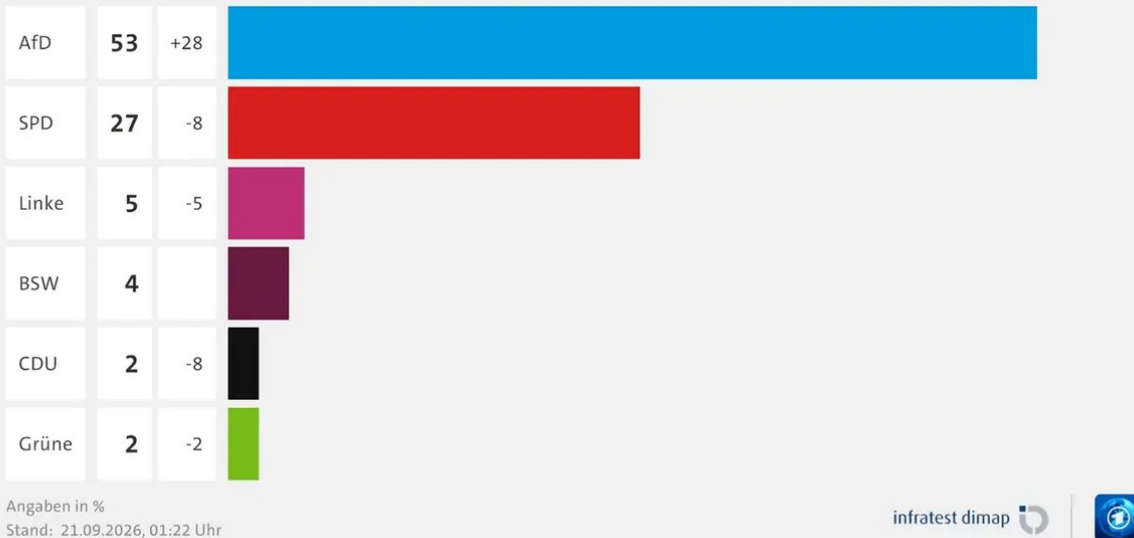
Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026

Stimmanteile unter Arbeitern im Vergleich zu 2021



Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2026

Stimmanteile unter Arbeitern im Vergleich zu 2021



Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026

Stimmanteile bei Wählenden mit schlechter wirtschaftlicher Situation



Angaben in %
Stand: 07.09.2026, 07:03 Uhr

Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2026

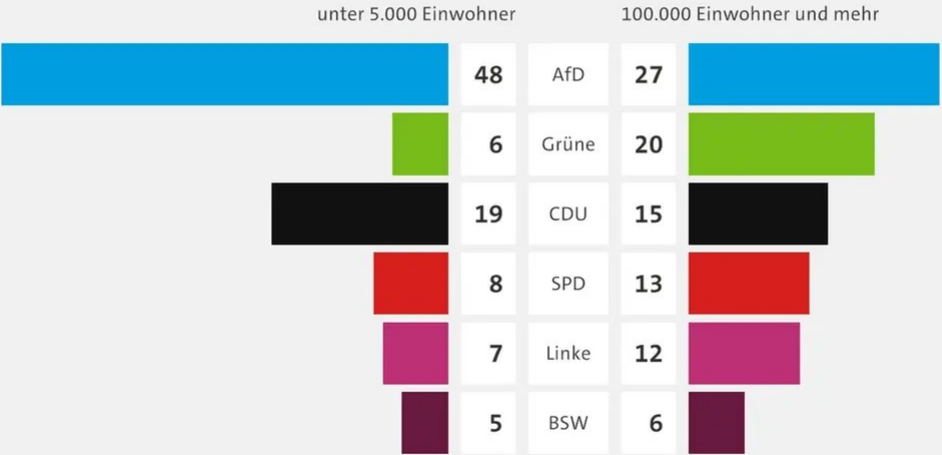
Wirtschaftliche Lage



Angaben in %
Stand: 21.09.2026, 00:14 Uhr

Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026

Wahlverhalten nach Gemeindegrößen



Angaben in %
Stand: 07.09.2026, 07:03 Uhr

Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2026

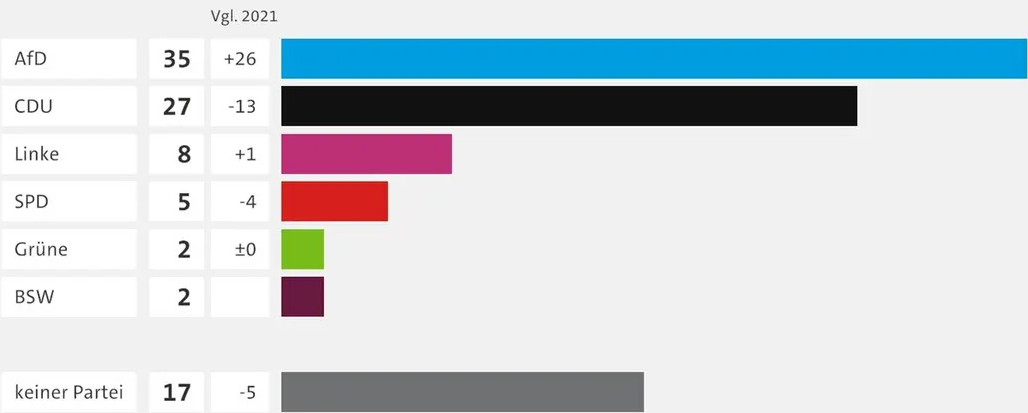
AfD-Stimmanteile nach Gemeindegrößen



Angaben in %
Stand: 21.09.2026, 01:22 Uhr

Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026

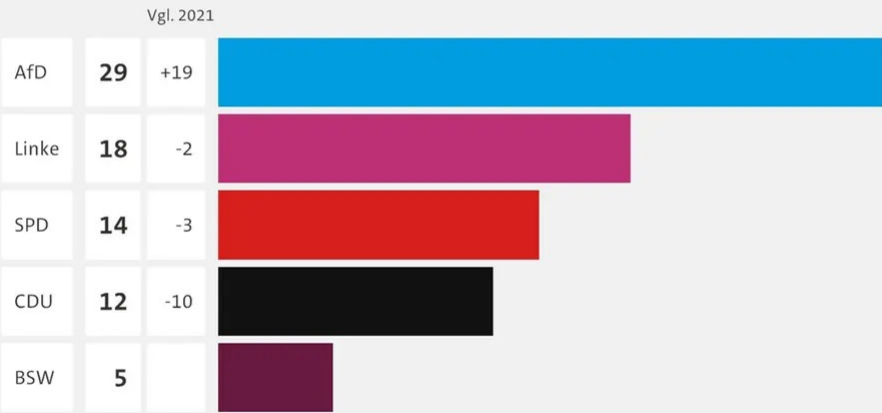
Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, die wichtigsten Aufgaben in Sachsen-Anhalt zu lösen?



Angaben in %
Stand: 06.09.2026, 16:07 Uhr

Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026

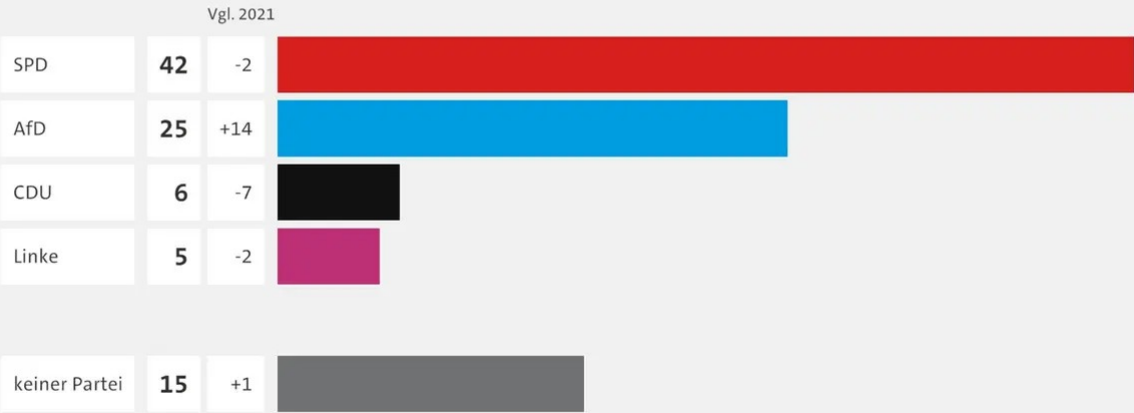
Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen?



Angaben in %
Stand: 06.09.2026, 16:07 Uhr

Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2026

Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, die wichtigsten Aufgaben in Mecklenburg-Vorpommern zu lösen?



Angaben in %
Stand: 21.09.2026, 00:14 Uhr

Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2026

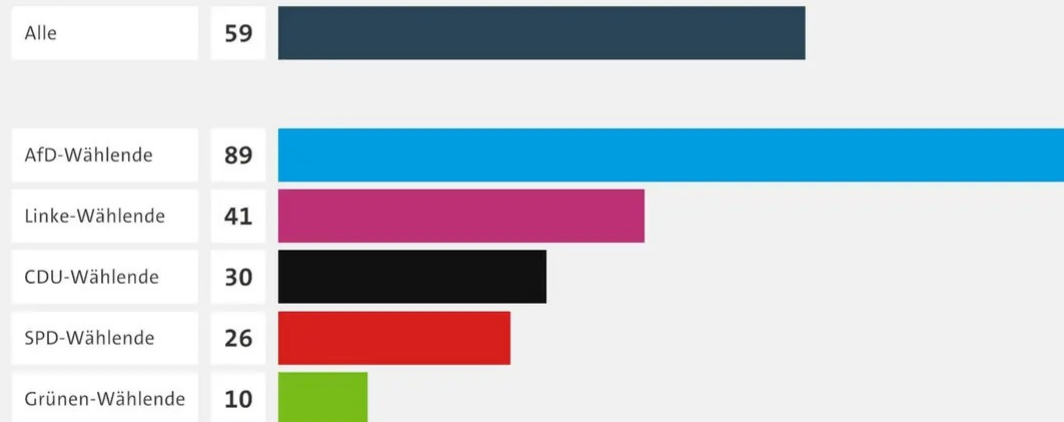
“Diese Partei sorgt am ehesten für soziale Gerechtigkeit.“



Angaben in %
Stand: 21.09.2026, 00:14 Uhr

Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026

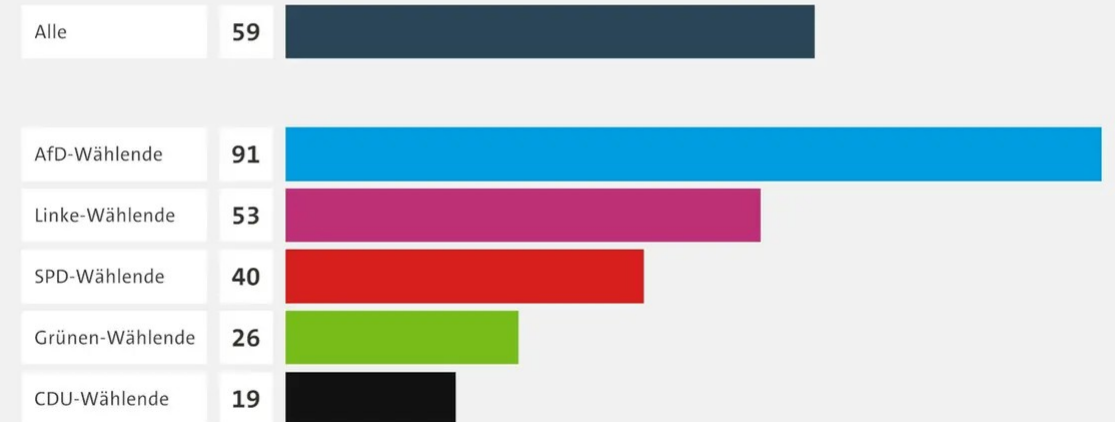
„Die Bundesregierung hat bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt einen Denkmittel verdient.“



Angaben in %
Stand: 06.09.2026, 16:09 Uhr

Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2026

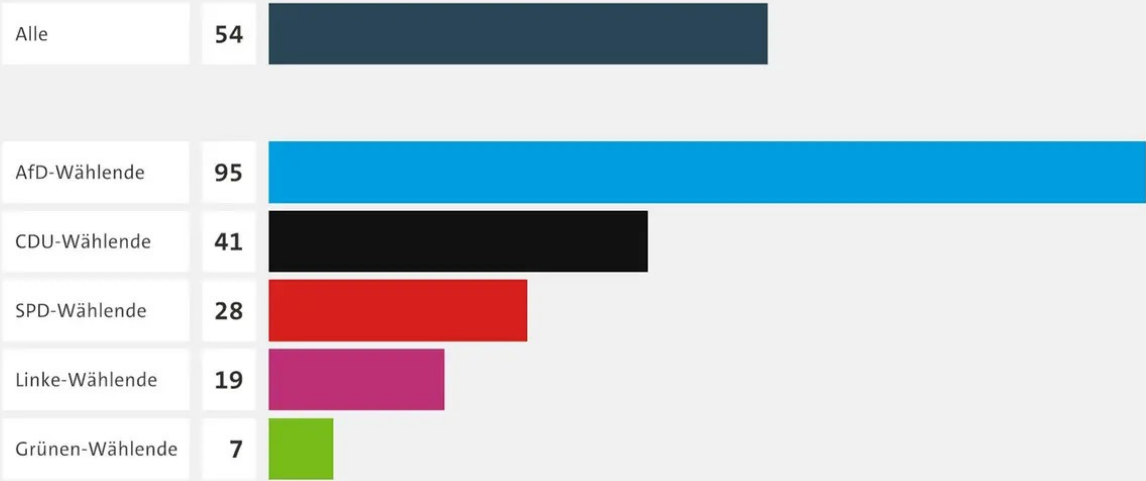
„Die Bundesregierung hat bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern einen Denkmittel verdient.“



Angaben in %
Stand: 21.09.2026, 00:14 Uhr

Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2026

“Die anderen Parteien gehen unfair mit der AfD um.“

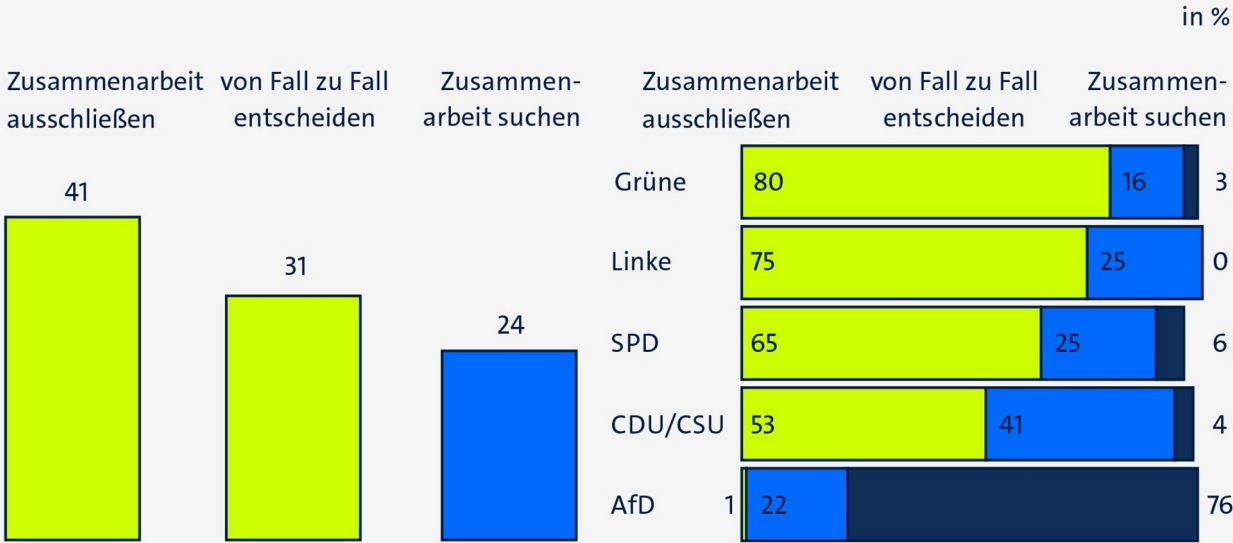


Angaben in %
Stand: 21.09.2026, 00:14 Uhr



Umgang mit der AfD

Juni 2026



Grafik: BR | Quelle: Infratest dimap | Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe



Wie lässt sich in Mecklenburg-Vorpommern das Wahlergebnis für die CDU mit nur 4,9% erklären?

- Niedrige Kompetenz-, Bekanntheits- und Beliebtheitswerte des Spitzenkandidaten
- Wenig Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Partei (z. B. bei Wirtschaft, Daseinsvorsorge, Kriminalität, Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit)
- Überdurchschnittliche Verluste in ländlichen Regionen (bereits 2021 erhebliche Verluste, in MV in 7 Gemeinden 0 Stimmen, in über 20 Gemeinden unter 1%)
- Personalisierte Polarisierung in der Endphase des Wahlkampfes zwischen SPD und AfD (Vorwurf: Wahlkampf gegen die demokratische Mitte)
- Unzufriedenheit mit der Bundespartei, insbesondere mit Bundeskanzler Friedrich Merz (Erwartungsmanagement, Gerechtigkeitslücke bei Reformentwürfen, wenig empathisches Kommunikationsverhalten)
- Strategischer Umgang mit der AfD (Brandmauer, Verlust der national-konservativer Wähler)

Fazit: Was kennzeichnet diese Wahlen in SAN und MV?

1. Höhere Wahlbeteiligungen durch Mobilisierung von Nichtwählern: Phänomen der Nicht-wähler wird bei Wahlanalysen seit Jahren ignoriert.
2. Weitere Stärkung der ‚Ränder‘ und Schwächung der ‚politischen Mitte‘: Jüngere Wähler für Linke und AfD, überdurchschnittlicher Zuwachs für die AfD bei den Altersgruppen 50-69 J. (waren zur Wendezeit und in den 90er Jahren Kinder und Jugendliche), Frauen und Senioren verhindern absolute Mehrheit in SAN, Vertrauensverlust in etablierte Parteien, die alle verloren haben außer SPD und Grüne in SAN, allerdings auf niedrigem Niveau)
3. Fehlende Stammwählerschaft und Zunahme der Wechselwähler: Stimmabgabe erfolgt nach Kompetenz- und Beliebtheitswerten, geringe Parteienbindung sowie taktisches Wahlverhalten (weniger Stimmen für Sonstige und ungültige Stimmen als 2021, Zum Teil, so in HAL und MD, klaffen Erst- und Zweitstimmen weit auseinander, in einem WK für die Linke 40% Erststimmen und 14 % Zweitstimmen).
4. Bindung von Teilen der Wählerschaft in allen Wählergruppen durch überzeugende Spitzenkandidaten immer noch möglich (vgl. MV, BW, RLP), allerdings verbunden mit extremer Polarisierung und Personalisierung zu Lasten kleinerer Parteien, dem System einer Parteiendemokratie und der Distanzierung gegenüber der eigenen Partei.
5. Die Schere zwischen (Groß-)städtischen und ländlichen Regionen geht noch weiter auseinander (Wegzug Jüngerer, Überalterung, Vernachlässigung der Daseinsvorsorge, Wahrnehmungsschere z. B. bei Migration; AfD als „Kümmererpartei“)
6. Unzufriedenheit mit der Landespolitik, mehr noch mit der Bundespolitik (insb. Kanzler und Bundesregierung von Union und SPD), Bundespolitik überlagert die Landespolitik, insg. eine polarisierte Gesellschaft mit einer eher pessimistischen Sicht auf die Zukunft.
7. Debatte hinsichtlich des strategischen Umgangs mit der AfD, insb. zur ‚Brandmauer‘.

Was sind die Kipp-Punkte, dass in Ostdeutschland das Vertrauen in die Demokratie verloren geht?

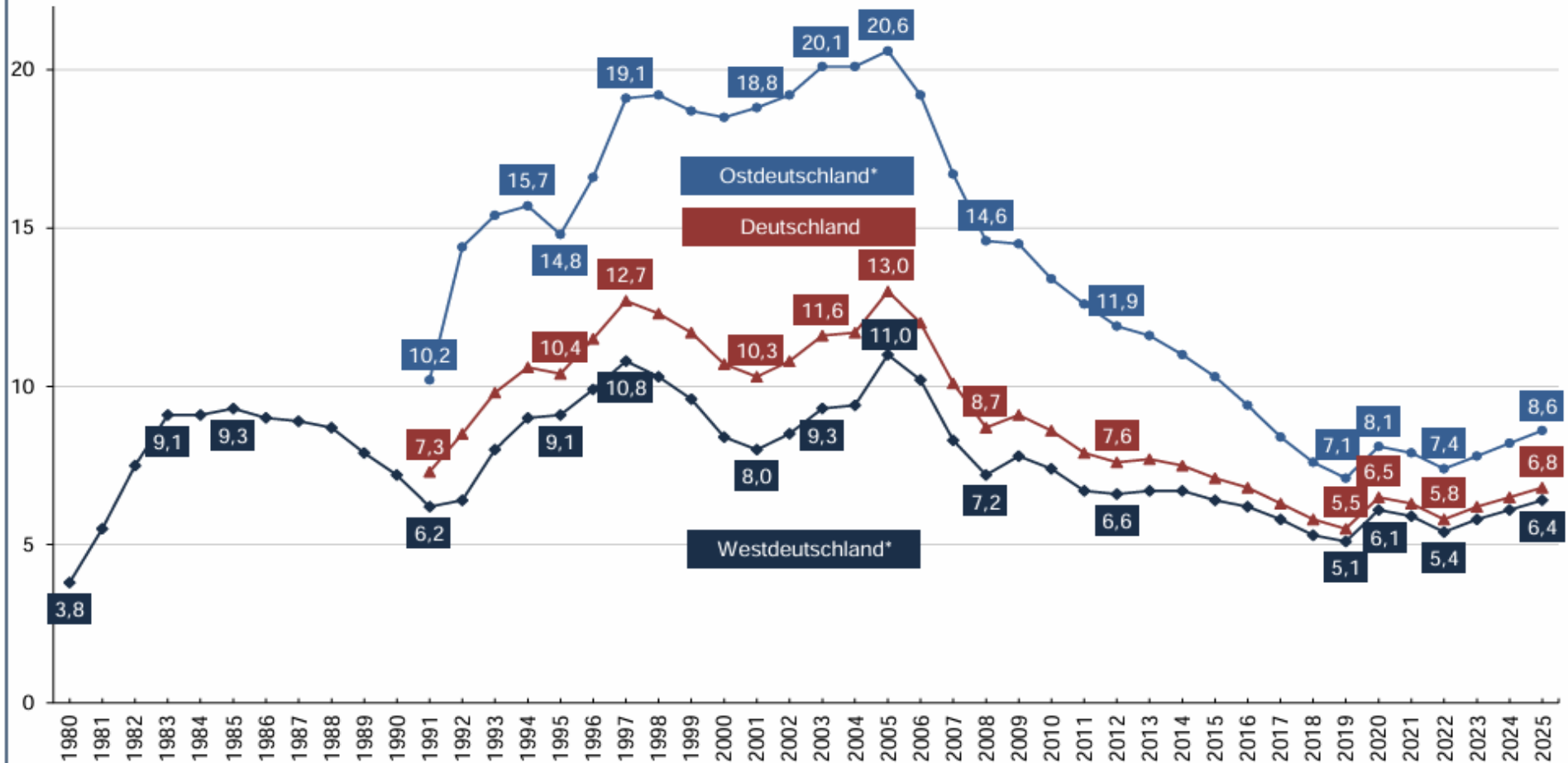


- Jana Hensel, geb. 1976 in Borna bei Leipzig. Bekannt wurde sie insbesondere durch ihr 2002 erschienenes Buch „Zonenkinder“. Sie arbeitet als Journalistin für die DIE ZEIT.
- Sie beschreibt jenes zerrissene Land, das 1990 mit dem Ende der DDR und der Wiedervereinigung entstand. Viele suchten voll Zuversicht und Vertrauen den Anschluss an den Westen. In der Folge erlebten sie, wie kein anderes Land in Osteuropa, den Verlust von Millionen Arbeits-plätzen, gesicherten Existenzen und kulturellen Umbrüchen erleben.
- Sie sucht eine Antwort auf die Frage, wie es dazu kommen konnte, dass immer mehr Menschen in Ostdeutschland das Vertrauen in die demokratische Ordnung verloren haben und weiter verlieren.

(Die folgenden Grafiken sind weiteren Quellen entnommen.)

■ **Arbeitslosenquoten in Gesamt-, West- und Ostdeutschland* 1980 - 2025**
in % aller abhängig zivilen Erwerbspersonen

IAQ

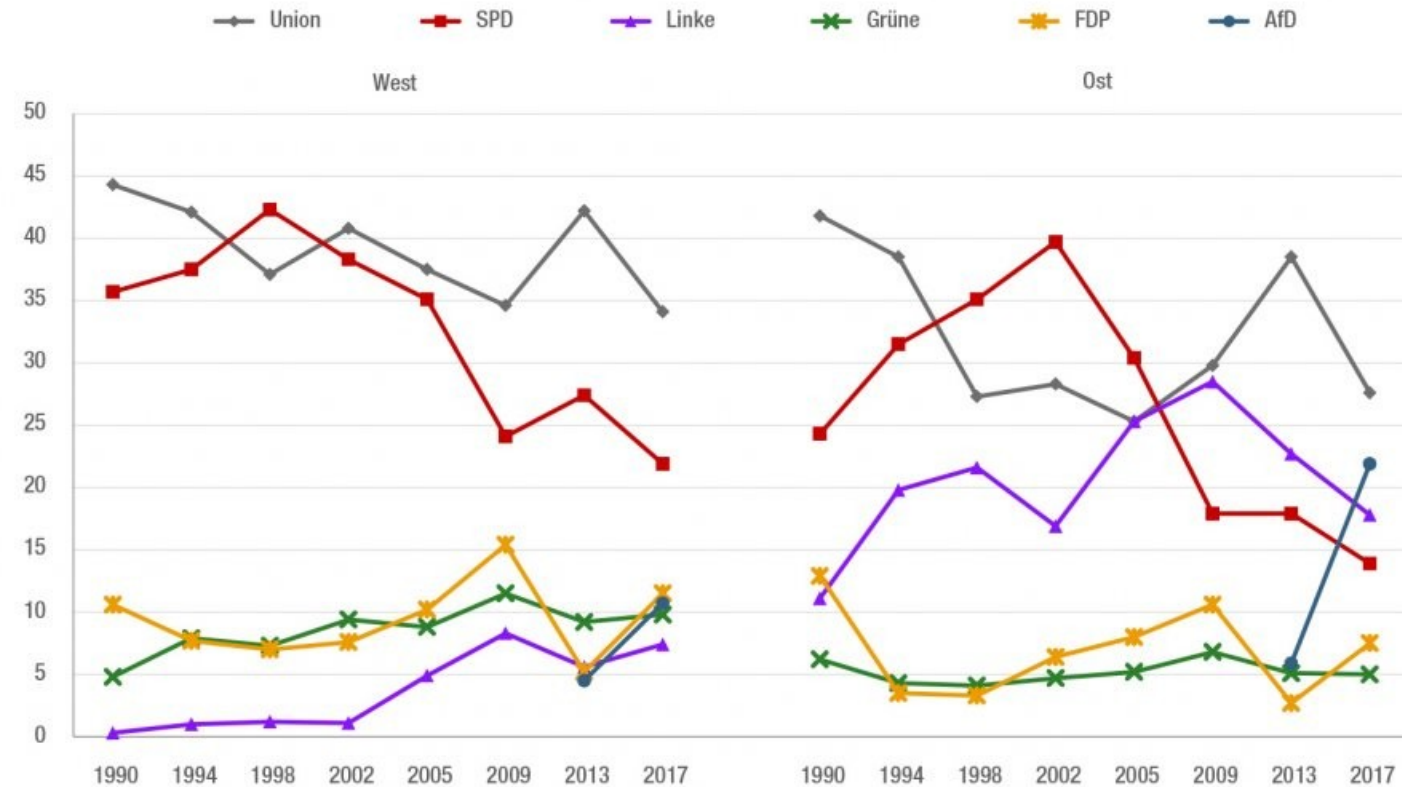


* Westdeutschland ohne, Ostdeutschland mit Berlin

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2026): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf

■ **Wahlverhalten bei Bundestagswahlen in** ■ **West- und Ostdeutschland im Zeitverlauf, 1990 bis 2017**

(Angaben: Prozent)



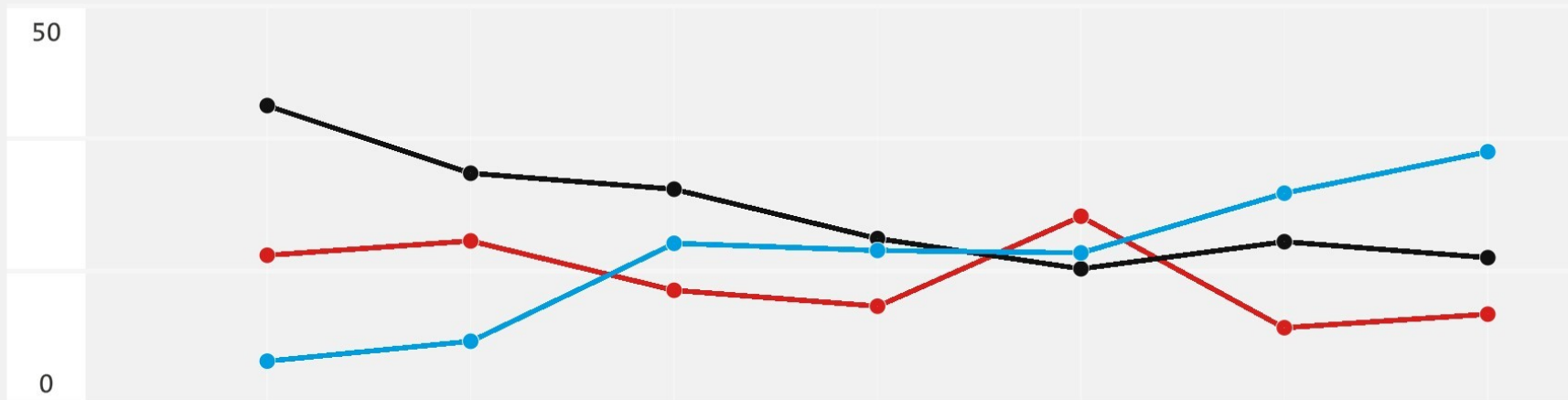
Quelle: eigene Darstellung auf Basis der Daten des Bundeswahlleiters.

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2020, www.bpb.de



Bundestagswahl 2025

Ergebnisse bei bundesweiten Wahlen in Ostdeutschland

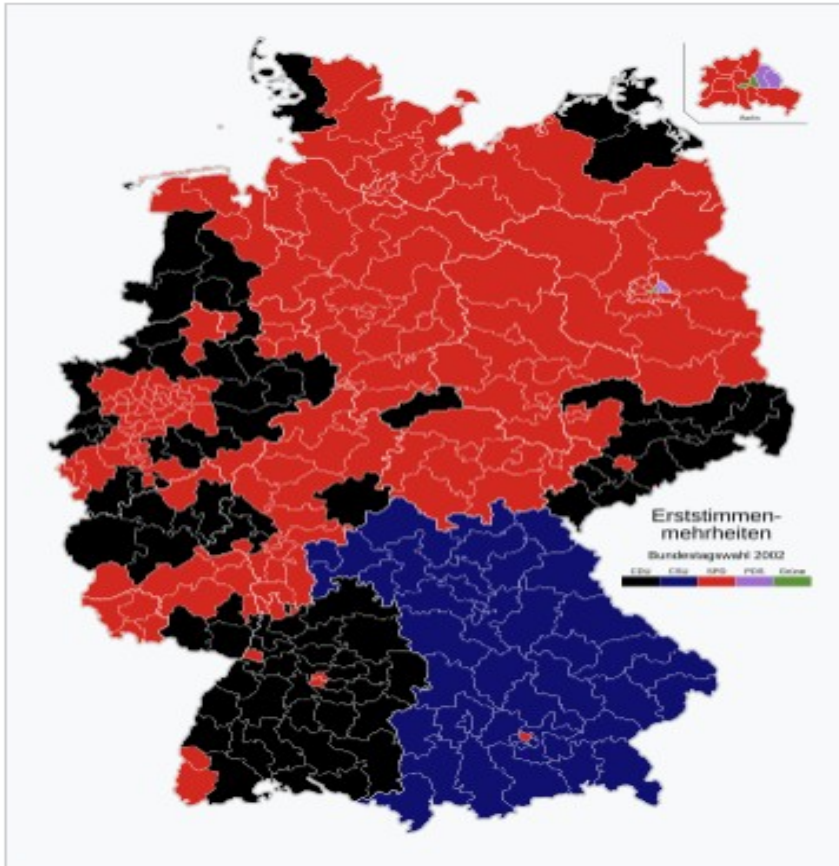


Stand: 24.02.2025, 02:21 Uhr

infratest dimap

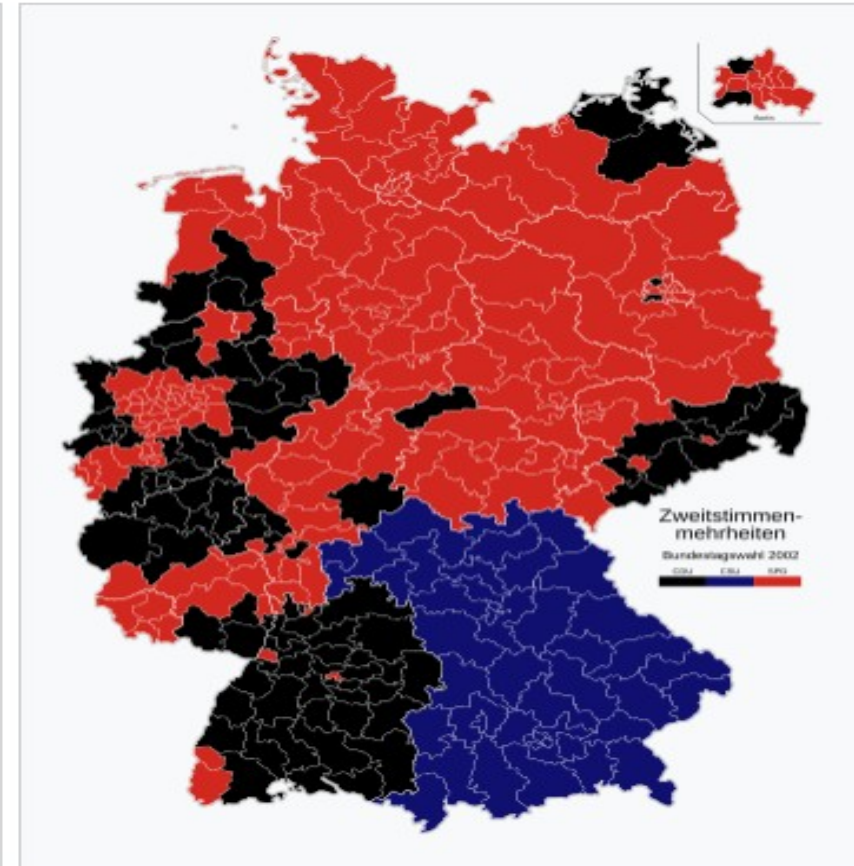


Bundestagswahlergebnisse nach Wahlkreisen 2002



Erststimmenmehrheiten in den Wahlkreisen

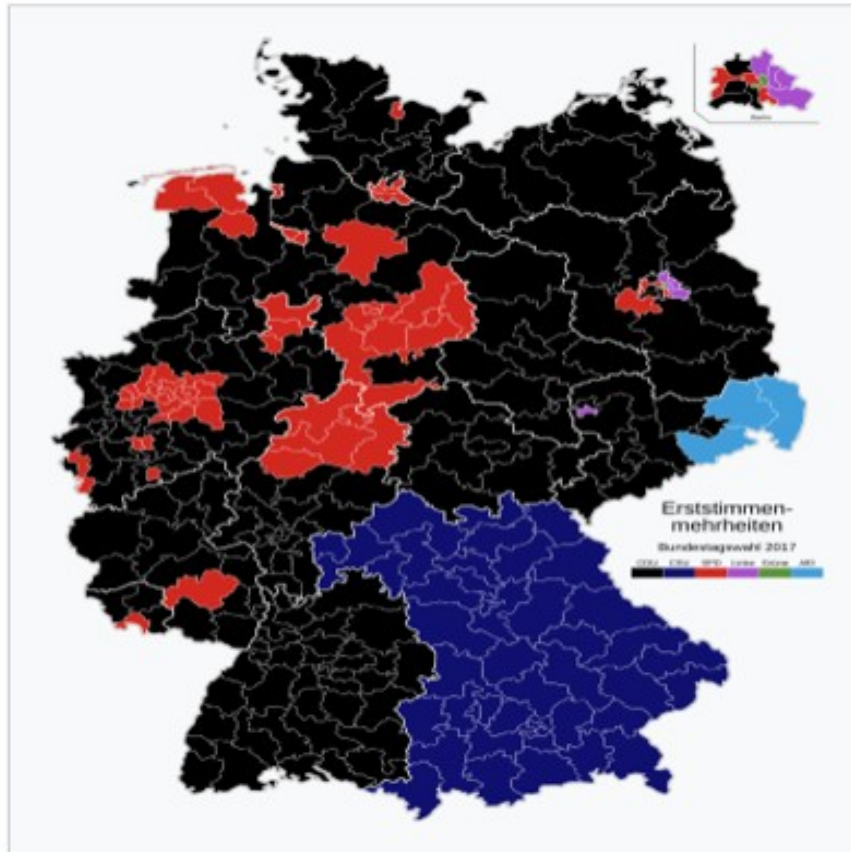
SPD: 171	PDS: 2
CDU: 82	Grüne: 1
CSU: 43	



Zweitstimmenmehrheiten in den Wahlkreisen

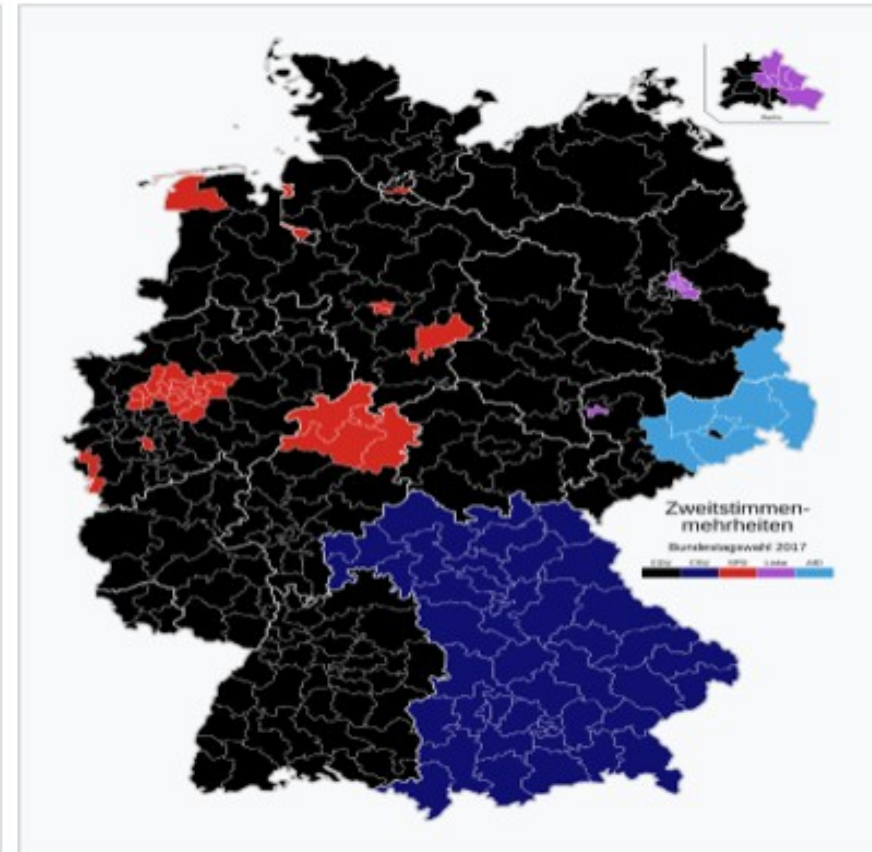
SPD: 170	CSU: 44
CDU: 85	

Bundestagswahlresultate nach Wahlkreisen 2017



Erststimmenmehrheiten in den Wahlkreisen

CDU: 185	Linke: 5
SPD: 59	AfD: 3
CSU: 46	Grüne: 1



Zweitstimmenmehrheiten in den Wahlkreisen

CDU: 210	AfD: 7
CSU: 46	Linke: 7
SPD: 29	

Thesen Wolfgang Thierse von 2000 zur Lage in Ostdeutschland

(Präsident des Deutschen Bundestages von 1998 bis 2005, S. 49ff.)

- Die wirtschaftliche und soziale Lage steht auf der Kippe. Das Wirtschaftswachstum befindet sich längst nicht mehr in einem Aufholprozess und der Abstand zum Westen wird wieder größer.
- Die Schere zwischen offenen Stellen (viele Teilzeitjobs) und Zahl der Arbeitslosen wird immer größer. Die Arbeitslosigkeit hat um 30% stärker zugenommen als im Westen, die Jugendarbeitslosigkeit um weitere 15%, Investitionen in die Wirtschaft erreichen den niedrigsten Stand seit 1995.
- Versprochene Hoffnungen erfahren die Menschen zunehmend als Illusion. Es wächst eine tiefe Enttäuschung über das Ausbleiben des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West. Zudem wurden die psychologischen Auswirkungen radikaler Lebensumbrüche im Zusammenhang mit dem Ende der DDR nicht aufgearbeitet.
- Die Basis für eine offene sowie das Vertrauen in eine demokratische Gesellschaft bricht weg. Überall ist Resignation spürbar, die um sich greifende Gleichgültigkeit macht vielen Angst. Es wächst das Gefühl, zu wenig anerkannt zu sein. (vgl. Wahlbeteiligung, Wahlverhalten)

Die Ära Gerhard Schröder (1998 – 2005)

- Enttäuscht über nicht eingelöste Versprechen der Kohl-Regierung setzen die Ost-deutschen bei der Wahl 1998 mit 35% Zustimmung für die SPD ihre Hoffnung auf Gerhard Schröder. Er versprach, als Bundeskanzler den Reformstau zu lösen. Bei der Wahl 2002 retteten die Überflutungen bei Dresden (Kanzler in Gummistiefeln) den SPD-Wahlsieg.
- Zum 01.06.2005 setzte er die Agenda 2010 um, eine neoliberale Reform des Sozialsystems, die den Osten weiter spaltete. Diese Reform trifft jene Landesteile besonders hart, die ohnehin unter Arbeitslosigkeit und prekären Arbeitsverhältnissen litten, zumal die Folgen der Transformation noch nicht verkraftet waren. Die Zahl der Arbeitslosen ging daraufhin in West und Ost zwar zurück, damit verbunden war insb. im Osten ein weiterer Anstieg des Niedriglohnsektors, der dort bereits 1998 mit 33% gg. 13% im Westen ein hohes Niveau erreicht hatte. Im 3. Jahr nach Einführung von Hartz IV erhöht sich der Anteil auf 37%, im Westen betrug dieser nur 17%.
- Gegen die Hartz-Reformen protestierten 2004 im Osten erneut Zehntausende. Diese waren keine Extremisten, es war das breite Milieu kleinbürgerlicher Lohnempfänger, die früher zur gesellschaftlichen Mitte in der DDR gehörten.

Das Jahr 2015 – Auswirkungen der Flüchtlingswelle im Osten

- Die mit der Aufnahme von ca. 890.000 Asylsuchenden (davon ca. 370.000 Syrer) verbundenen Herausforderungen konnten ostdeutsche Kommunen nur mit Hilfe des Bundes meistern. Zudem traf diese im Osten auf eine Situation, in der viele Biografien um wirtschaftliche und soziale Abbrüche gebaut sind, leerer werdende Städte und Regionen, Ausdünnung der Infrastruktur, über-alterte Gesellschaft, fehlende Aufstiegschancen und Unterschiede bei Vermögen und Einkommen.
- Seit der Wiedervereinigung ist 2015 ein entscheidendes Jahr. Ab diesem Jahr beginnt endgültig etwas abzudriften und die AfD etabliert sich in der Parteienlandschaft. Aufgrund der tief sitzenden Enttäuschung über eine Demokratie, in der sie immer in der Minderheit waren und zu wenig Gehör fanden, wählen immer mehr AfD trotz demokratiefeindlicher Tendenzen. Das von der AfD propagierte Feindbild gegenüber Flüchtlingen wird zum Ersatz für angestaute Gefühle und ist ein Vehikel für ungelöste Probleme. Leerstellen werden gefüllt mit Rassismus, Nationalismus und Chauvinismus.
- In der Folge wird, verstärkt durch westdeutsche Kommentatoren, häufig das Klischee vom autoritär denkenden Osten tradiert.



Wachsende Ohnmachtsgefühle in Ost und West Anknüpfungspunkte für die AfD

- „Die Ohnmacht vieler Ostdeutscher ist eine erlebte und keine behauptete.“ ... „Dies zuzugestehen, bedeutet nicht, die Mittel des Rechtspopulismus zu legitimieren oder dessen Ziele zu unterstützen. Es soll vielmehr erklären, warum dieser so erfolgreich werden konnte.“
- „Von bröckelnder Infrastruktur war die Rede, von maroden Kindergärten und Schulen, hohen Energie- und Lebensmittelpreisen und einer durch die Wirtschaftskrise wieder steigenden Arbeitslosigkeit“, nicht zuletzt von fehlenden Aufstiegschancen in einer Gesellschaft, in der oben und unten, innen und außen weiter auseinanderdriften.
- Vergleichbare Phänomene zeigen sich inzwischen auch in Regionen Westdeutschlands, insb. in strukturschwachen Gebieten wie im Ruhrgebiet, wo die AfD im Arbeitermilieu erhebliche Stimmenzuwächse verzeichnet.
- Die Erfahrung von zunehmender sozialer Ungleichheit und einer Politik ohne Empathie für „Erniedrigte und Beleidigte“ sowie „Abgehängte und Frustrierte“ ist ein idealer Nährboden für Extremismus und Populismus.

Fazit von Hensels Diagnose zur Entwicklung in Ostdeutschland

- Es war letztlich nicht das autoritäre DDR-Erbe, das eine starke Rechtsdrift in der ost-deutschen Gesellschaft auslöste, sondern die von drei Bundeskanzlern zu verantwortende Brüche: Helmut Kohl mit der misslungenen wirtschaftlichen Anpassung, Gerhard Schröder mit Hartz IV und Angela Merkel mit der Flüchtlingskrise.
- Der entscheidende Kipp-Punkt jedoch waren die Hartz-IV-Gesetze. Diese Sozialreform beschädigte maßgeblich die Deutsche Einheit, denn mit ihr hat sich der Staat endgültig vom Aufstiegsversprechen im Osten verabschiedet.
- Hinter Wut und Abkehr von der Demokratie verbergen sich unerfüllte Wünsche, Verletzungen, Enttäuschungen, die Sehnsucht ernst genommen zu werden, nach weniger Abhängigkeit, mehr Gleichberechtigung, gerechterer Verteilung und Teilhabe.
- Aus den einst politisch links stehenden Ostdeutschen ist über Jahrzehnte eine in Teilen weit rechts stehende Gesellschaft geworden, auf dem Land sogar die Mehrheit. Im Osten scheint eine Ära jenseits der Demokratie möglich.
- Die Frage ist: Was kommt nach der Wut? Auch die AfD wird diese Bedürfnisse nicht stillen können.



Fragen für die Diskussion – Ihre Meinung ist gefragt!

- Warum gelang es den etablierten demokratischen Parteien über mehr als 30 Jahre hinweg nicht, in der ostdeutschen Gesellschaft Wurzeln zu schlagen?
- Was sind aus Ihrer Sicht die Ursachen, dass politische Ränder immer stärker an Bedeutung gewinnen und das Vertrauen in die ‚Mitte‘ massiv verloren geht?
- Welche Auswirkungen haben die Wahlen auf mögliche Koalitionen, die Regierungsarbeit in den Ländern und ggf. im Bund, auf Wirtschaft und Zivilgesellschaft?
- Braucht es auf parlamentarischer Ebene zwischen Parteien alternative Kooperationsmodelle? (z. B. Minderheitsregierung, Absprachen, pro und contra Brandmauer)